



Antworten des CDU-Landesverbandes Brandenburg auf die Wahlprüfsteine der dbb Brandenburg zur Landtagswahl 2019

- 1. Das Land Brandenburg ist im bundesdeutschen Besoldungsranking immer noch auf einem der hinteren Plätze. Bis wann soll der Anschluss an den Bund erreicht werden und wie stehen Sie zu der Wiedereinführung einer bundeseinheitlichen Besoldung?***

Wir setzen uns für ein deutlich besseres Besoldungsniveau der in Brandenburg tätigen Beamtinnen und Beamten ein. Im bundesdeutschen Vergleich muss sich Brandenburg spürbar verbessern und die vorhandene Besoldungslücke zum Bund, insbesondere hinsichtlich der geografischen Nähe zu Berlin, verringern. Die Wiedereinführung einer bundeseinheitlichen Besoldung bedarf komplexer Abstimmungen und Entscheidungsprozesse zwischen Bund und Ländern. Aus unserer Sicht sollten diesbezügliche Erörterungen mit allen Beteiligten aufgenommen werden.

- 2. Immer noch legen viele Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger Widerspruch gegen die Besoldung bzw. Pension ein, da sie das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Besoldung und Pension verloren haben. Dies führt zu einer unnötigen Belastung der Bezügestelle und der Verwaltungsgerichte. Gibt es Ihrerseits Vorstellungen, wie Sie das Vertrauen der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger wiedergewinnen wollen und wie die Prozessflut reduziert werden könnte?***

Nach unserer Auffassung ist es ein nicht hinnehmbarer Zustand, dass die Beamtinnen und Beamten, die jahrelang auf ihren Dienstherrn vertraut haben, Rechtsmittel einlegen und lange auf Entscheidungen warten müssen. Einerseits wollen wir durch eine deutliche Personalaufstockung an den Verwaltungsgerichten für schnelle Verfahren sorgen. Andererseits werden wir uns dafür einsetzen, dass entsprechende Rechtssicherheit herrscht.

- 3. Im Besoldungsbereich wurden die Verschlechterungen der gesetzlichen Rentenversicherung, zum Beispiel Anhebung der Altersgrenze, wirkungsgleich auf die Beamten übertragen. Aber Leistungsverbesserungen, zum Beispiel die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Dienstjahren nicht übernommen. Wann wollen Sie diese Ungerechtigkeitslücke schließen?***

Bestehende Unterschiede in der Systematik von Beamtenbesoldung und Angestelltenvergütung führen dazu, dass derzeit nicht alle Veränderungen des Angestelltenbereiches analog auf den Beamtenbereich übertragen werden können. Letztendlich bedarf es hinsichtlich eventueller Veränderungen entsprechender Bewertungs- und Entscheidungsprozesse.

4. Es wird viel über die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg gesprochen. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Attraktivität weiter zu erhöhen und eine Abwanderung zum Bund und in andere Bundesländer zu verhindern?

Für uns ist die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes überaus wichtig. Hierzu gehören eine wettbewerbsfähige Besoldung, lebensphasengerechte und familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten, leistungsfördernde Aufstiegschancen und Prämien, Weiterbildungsmöglichkeiten, Verringerung von Befristungen sowie ein professionelles Gesundheitsmanagement. Die Gewerkschaften und Personalvertretungen sind für uns hierbei wichtige Partner.

5. Wie stehen Sie zum Vorhaben, im Tarifbereich wieder gemeinsam (Bund, Länder und Kommunen) zu verhandeln? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie versuchen, dieses Vorhaben umzusetzen?

Wir begrüßen Vereinfachungen und Verbesserungen im Tarifrecht. Das Vorhaben des gemeinsamen Verhandeln von Bund, Ländern und Kommunen setzt entsprechende Abstimmungen und Rahmenbedingungen unter Einbindung vieler Partner voraus. Den hierfür notwendigen Abwägungsprozess wollen wir konstruktiv begleiten.

6. Wie wollen Sie die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst verbessern?

Wie in der Antwort auf die Frage 4 bereits ausgeführt, ist eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes geboten. Diese zielt insbesondere auf die Gewinnung junger Nachwuchskräfte ab. Die Vorteile des öffentlichen Dienstes wollen wir stärker hervorheben und auch an das Gefühl von Heimatverbundenheit junger Brandenburgerinnen und Brandenburger appellieren. Moderne Arbeitsbedingungen und Ausstattungen stellen eine wesentliche Entscheidungsgrundlage junger Menschen bei der Wahl ihres Ausbildungsgangs dar.

7. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst flexibler und familienfreundlicher wird?

Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren bereits hin zu einer höheren Flexibilität und Familienfreundlichkeit entwickelt. Dieser Prozess muss fortgeführt werden, indem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeitmodelle weiter verbessert wird. Unter anderen sollten die Möglichkeiten für Homeoffice ausgeweitet und Kernarbeitszeiten mit Kitaöffnungszeiten möglichst harmonisiert werden. Wir wollen zudem Voraussetzungen zur Sensibilisierung für ein mitarbeiterbewusstes Führungsverhalten schaffen.